

# Deutsche Konjunkturperspektiven 2005/2006: Langsame Erholung<sup>1</sup>

*zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus\**

## Weltwirtschaftliches Umfeld

Die Expansion der Weltwirtschaft hat sich im Verlauf des vergangenen Jahres abgeschwächt. Sie blieb aber kräftig, denn günstige Finanzierungsbedingungen, hohe Unternehmensgewinne und ansteigende Vermögenswerte stützten weltweit die private Nachfrage. Gedämpft wurde die weltwirtschaftliche Expansion durch mehrere Faktoren. Der sehr starke Anstieg der Rohstoffpreise bewirkte in den Importländern einen spürbaren Kaufkraftentzug. In Japan sowie im Euroraum, wo die Produktion kaum noch zunahm, wurden darüber hinaus die Exporte durch die Abwertung des US-Dollar gegenüber Yen und Euro deutlich gebremst. Schließlich wurde in einigen Ländern, insbesondere in China und in den USA, die Wirtschaftspolitik weniger expansiv ausgerichtet. Zwar ist zu erwarten, dass die Öl- und Rohstoffpreise vorerst hoch bleiben, dass die Geldpolitik in den USA weiter vorsichtig gestrafft wird und die Kapitalmarktzinsen weltweit allmählich steigen. Dennoch dürfte sich die weltwirtschaftliche Expansion in diesem und auch im nächsten Jahr etwa im Tempo der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres fortsetzen. Dafür sprechen die immer noch günstigen Finanzierungsbedingungen, die hohen Unternehmensgewinne in den Industrieländern sowie die starke Wachstumsdynamik in den Schwellenländern. In den Industrieländern werden dabei die Unterschiede in der konjunkturellen Dynamik zwischen den Regionen nach und nach geringer.

Die Konjunktur im Euroraum, die sich seit dem Sommer 2004 merklich eingetrübt hat, wird in den kommenden Monaten nur verhalten expandieren. Die Binnen- nachfrage dürfte aufgrund der dämpfenden Effekte des Ölpreisanstiegs und infolge der ungünstigen Lage am Arbeitsmarkt kaum ausgeweitet werden. Auch die Dynamik bei den Ausfuhren bleibt vorerst gering. Ab der zweiten Jahreshälfte dürfte sich die konjunkturelle Lage aber allmählich verbessern. Zum einen laufen die dämpfenden Wirkungen des Ölpreisanstiegs aus, wovon insbesondere der private Konsum profitiert. Bei verbesserten Absatz- und Ertragsperspektiven auf dem Binnenmarkt werden die Unternehmen ihre Investitionen rascher ausweiten, zumal die Finanzierungsbedingungen weiterhin günstig bleiben. Unter der Annahme eines weitgehend konstanten Außenwerts des Euro werden zudem die Effekte der Aufwertung nach und nach entfallen, so dass die Exporte wieder stärker expandieren dürften. In-

samt ist 2005 mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 1,4 % zu rechnen. Im kommenden Jahr dürfte die konjunkturelle Erholung weiter an Schwung gewinnen. Der private Konsum wird angesichts dann sinkender Arbeitslosigkeit beschleunigt ausgeweitet. Bei steigender Kapazitätsauslastung und einer nochmals verbesserten Ertragslage wird sich die Investitionsbereitschaft der Unternehmen weiter erhöhen. Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt 2006 um 2,0 % zunehmen. Der Auftrieb der Verbraucherpreise wird sich in diesem Jahr nur leicht abschwächen, da die Teuerung bei den Energiepreisen erst allmählich nachlässt. Im Durchschnitt des Jahres 2005 werden die Verbraucherpreise um 2,0 % steigen; im nächsten Jahr wird sich der Preisauftrieb auf 1,6 % verringern.

## Ausblick für Deutschland

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Frühjahr 2005 in einer konjunkturellen Schwächephase. Die Erholung, die im ersten Halbjahr 2004 sehr kräftig ausgefallen war, kam danach zum Stillstand. Ausschlaggebend hierfür war zum einen die langsamere Expansion der Weltwirtschaft; zum anderen hinterließ die Aufwertung des Euro Bremsspuren. Die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte blieben schwach, so dass das Nachlassen der Exportdynamik nicht ausgeglichen wurde.

Die schwache Grundtendenz der Konjunktur in Deutschland setzte sich also fort. Selbst der vorangegangene massive Nachfrageimpuls aus dem Ausland hat keinen nachhaltigen Aufschwung ausgelöst. Die inländische Endnachfrage, die drei Jahre lang rückläufig gewesen war, stabilisierte sich im Jahr 2004 lediglich. In kaum einem anderen Land der Europäischen Union verlief die Entwicklung in den vergangenen Jahren so ungünstig. Offenbar leidet die deutsche Wirtschaft unter einer fundamentalen Schwäche.

Auf dem Arbeitsmarkt hat sich die Situation konjunkturell bis zuletzt verschlechtert. Zwar nahm infolge arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen die Zahl der Beschäftigten insgesamt zu, doch sank die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die die grundlegende Tendenz am Arbeitsmarkt besser widerspiegelt,

\* Dr. Wolfgang Nierhaus ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut für Wirtschaftsforschung München tätig.

erneut. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit setzte sich fort; nach der Jahreswende erhöhte sich die Zahl der registrierten Arbeitslosen sogar sprunghaft, weil mit dem Inkrafttreten der Hartz-IV-Reformen insbesondere erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger einbezogen wurden.

Im ersten Halbjahr 2005 wird die konjunkturelle Grundtendenz noch verhalten bleiben. Zwar gab es zur Jahreswende einen Schub bei den Auftragseingängen in der Industrie; diese waren aber überzeichnet durch Großaufträge. Seither hat sich die Nachfrage erheblich abgeschwächt. Die jüngsten Umfragedaten deuten darauf hin, dass die Konjunktur noch nicht wieder Tritt gefasst hat; bei den Geschäftserwartungen in der gewerblichen Wirtschaft setzte sich die leichte Abwärtstendenz fort. Ein wichtiger Grund für den Pessimismus dürfte der kräftige Anstieg der Ölpreise sein, der die Gewinne der Unternehmen schmälert und den privaten Haushalten Realeinkommen entzieht. Alles in allem wird die Binnen-

nachfrage vorerst nur in sehr mäßigem Tempo expandieren. Auch die Exporte werden zunächst nur moderat zulegen, da die Konjunktur im Ausland durch die höheren Energiepreise ebenfalls gedämpft wird.

Die Schwächephase dürfte im Lauf dieses Jahres allmählich überwunden werden. Die Rahmenbedingungen für eine konjunkturelle Erholung stellen sich nämlich überwiegend günstig dar. So lassen die dämpfenden Einflüsse seitens der hohen Ölpreise nach, und die retardierenden Effekte der vorangegangenen Aufwertung laufen aus. Zudem setzt sich die Expansion der Weltwirtschaft in zügigem Tempo fort. Davon wird die Ausfuhr getragen; wegen der sich verbessernden preislichen Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen wird der Weltmarktanteil der deutschen Exporteure leicht steigen. Die Binnennachfrage wird durch die anhaltend niedrigen Zinsen gestützt. Im nächsten Jahr wird sich die konjunkturelle Erholung leicht verstärken, und die Zuwachsrate des realen

**Tabelle 1: Eckdaten der Prognose für Deutschland**

	2002	2003	2004	2005	2006
Bruttoinlandsprodukt <sup>a</sup> (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,1	-0,1	1,6	0,7	1,5
Westdeutschland <sup>b, c</sup>	0,0	-0,2	1,6	0,7	1,5
Ostdeutschland <sup>c</sup>	0,7	0,2	1,5	0,7	1,5
Erwerbstätige <sup>d, e</sup> (1.000 Personen)	38.696	38.314	38.442	38.731	39.067
Arbeitslose (1.000 Personen)	4.061	4.377	4.381 <sup>j</sup>	4.844	4.518
Arbeitslosenquote <sup>f</sup> (in %)	9,5	10,3	10,2	11,1	10,4
Verbraucherpreise <sup>g</sup> (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,4	1,1	1,6	1,7	1,5
Lohnstückkosten <sup>h</sup> (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,8	0,7	-1,1	0,0	0,0
Finanzierungssaldo des Staates <sup>i</sup>					
in Mrd. Euro	-77,5	-81,3	-80,3	-76,1	-74,0
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	-3,7	-3,0	-3,7	-3,4	-3,3
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. Euro)	48,2	45,3	84,0	85,0	95,0

a) In Preisen von 1995. – b) Einschließlich Berlin. – c) Rechenstand: April 2005. – d) Im Inland. – e) Die Angaben zur Erwerbstätigkeit basieren auf der Fachserie 18, Reihe 3 (Rechenstand 4. Quartal 2004), da diese mit der aktuellen VGR kompatibel sind. – f) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – g) Verbraucherpreisindex (2000=100). – h) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen. – i) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG '95). – j) Ab 2004 ohne Teilnehmer an Trainings- und Eignungsfeststellungsmaßnahmen.

**GD Frühjahr 2005**

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Arbeitskreis VGR der Länder, Deutsche Bundesbank, 2005 und 2006: Prognose der Institute.

Bruttoinlandsprodukts dürfte die trendmäßige Wachstumsrate von rund 1 % übertreffen. Damit wird sich die Produktionslücke verringern, die derzeit bei rund 1 % liegt.

Das reale Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr lediglich um 0,7 % zunehmen (vgl. Tab. 1); arbeitstäglich bereinigt beläuft sich die Rate auf 0,9 %. Im Jahr 2006 dürfte der Anstieg 1,5 % betragen. Auf dem Arbeitsmarkt wird die Umsetzung der Hartz-IV-Reformen noch geraume Zeit die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen prägen. Es ist zu erwarten, dass es nach der Jahresmitte 2005 zu einem kräftigen Rückgang der Arbeitslosenzahl kommt, der auch im nächsten Jahr anhält. Die Beschäftigungslage wird sich allerdings nur leicht verbessern.

### Exkurs: Ostdeutschland

Der starke außenwirtschaftliche Impuls in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres hat auch in Ostdeutschland die Produktion handelbarer Güter angeregt. Der Auslandsumsatz des leistungsfähigen, aber kleinen Industriesektors ist zeitweilig mit zweistelligen Raten gestiegen. Gleichfalls haben die Zulieferindustrien für inländische Kunden von der Nachfrage der Exporteure in den alten Bundesländern profitiert. Auch während der konjunkturellen Abkühlung in der zweiten Jahreshälfte sind die Produktionszuwächse in der Industrie kräftig geblieben. Die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie hat sich weiter verbessert, die Lohnstückkosten liegen mittlerweile unter dem westdeutschen Durchschnitt, und die ostdeutschen Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes realisieren im Durchschnitt Gewinnmargen wie im Westen. Vor diesem Hintergrund wird die Industrieproduktion in Ostdeutschland im Zuge der konjunkturellen Erholung im Inland auch in diesem und im nächsten Jahr kräftig zulegen, und der Aufholprozess wird sich in diesem Sektor fortsetzen. In der Bauwirtschaft hält dagegen die Talfahrt an. In den konsumnahen Bereichen blieb die Entwicklung 2004 aufgrund der Einkommenschwäche gedämpft. Einige Bereiche des Handels und der für die privaten Haushalte aktiven Dienstleistungsunternehmen mussten Einbußen hinnehmen. Dagegen hat sich die Wertschöpfung bei den unternehmensnahen Dienstleistungsbereichen sowie im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung etwas erholt. Im Zuge der allgemeinen Konjunkturbelebung wird sich diese Entwicklung in diesem und im nächsten Jahr fortsetzen.

Alles in allem ist die gesamtwirtschaftliche Produktion in Ostdeutschland in den vergangenen drei Jahren in ungefähr dem gleichen Tempo gewachsen wie im Westen. Im Jahr 2004 erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt in den neuen Bundesländern um 1,5 %. Im Prognosezeitraum wird sich der Produktionszuwachs

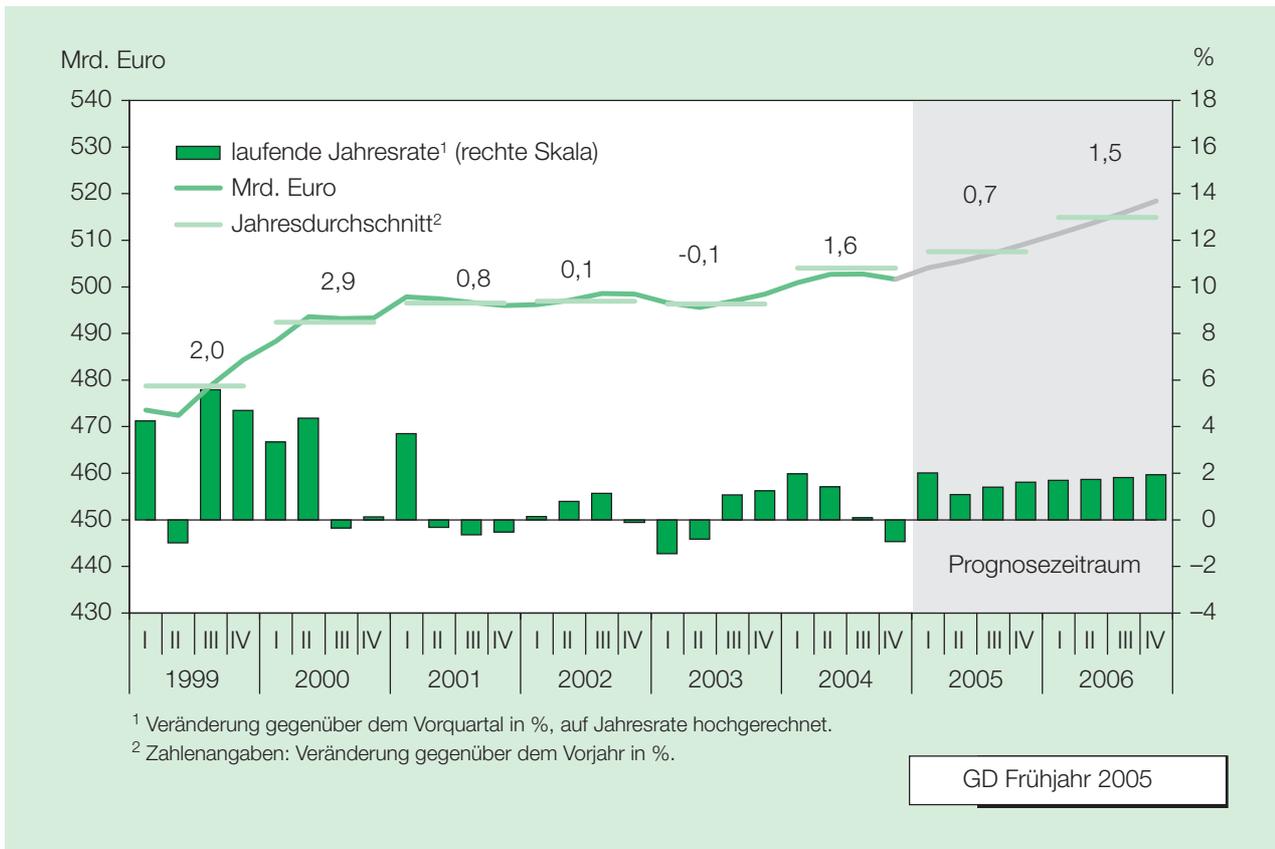
aufgrund der zunächst schwachen konjunkturellen Grundtendenz und der nur langsam zulegenden Inlandsnachfrage verringern, im nächsten Jahr wird er sich im Sog der verstärkten Erholung der Inlandsnachfrage in Deutschland verstärken. Das Wachstumstempo der Produktion wird etwa so hoch sein wie im Westen (vgl. Tab. 1).

Die Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt hat sich im Jahr 2004 nicht gebessert. Zwar lag die Zahl der Erwerbstätigen um 16.000 Personen über dem Vorjahresniveau. Der Beschäftigungsaufbau war aber zum überwiegenden Teil auf die Ausweitung ausschließlich geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse sowie die Zunahme der Zahl der Ich-AGs zurückzuführen. Die meisten der im vierten Quartal vergangenen Jahres im Vorgriff auf die Hartz-IV-Reformen angebotenen „Zusatzjobs“ wurden in Ostdeutschland bereitgestellt. Dagegen nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ab, und dies deutlich stärker als in Westdeutschland.

Im Prognosezeitraum wird sich die Arbeitsmarktsituation zunächst nicht verbessern. Zwar wird die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2005 um etwa 60.000 Personen zunehmen. Dies ist jedoch insbesondere auf eine weitere Ausdehnung von ausschließlich geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen und von „Zusatzjobs“ zurückzuführen, während sich der Rückgang der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lediglich abschwächt. Für das kommende Jahr ist mit einer Zunahme der Erwerbstätigkeit um 70.000 Personen zu rechnen. Die registrierte Arbeitslosigkeit wird im Jahr 2005 um etwa 70.000 Personen steigen. Dies geht überwiegend auf die Anfang dieses Jahres eingeführte Meldepflicht für alle arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger zurück. Dieser Effekt fällt allerdings geringer aus als im Westen, da in den neuen Bundesländern aufgrund der allgemein höheren Erwerbsbeteiligung 2004 vergleichsweise weniger erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger gezählt wurden. Im kommenden Jahr geht die Zahl der registrierten Arbeitslosen um 110.000 zurück – allerdings nur, weil zusätzliche Arbeitsgelegenheiten durch den Staat angeboten werden und das Arbeitsangebot aus demographischen Gründen sinkt. Mit 1,56 Millionen registrierter Arbeitsloser bleiben knapp 17 % der Erwerbspersonen ohne Arbeitsplatz.

Pro Einwohner gerechnet hat sich 2004 der Produktionsrückstand Ostdeutschlands gegenüber dem Westen erneut ein wenig verringert (vgl. Tab. 3). Allerdings beträgt gegenwärtig die Pro-Kopf-Produktion erst 64 % des Westniveaus. Maßgeblich für die Annäherung war jedoch die schrumpfende Bevölkerung im Osten infolge sinkender Geburtenzahlen und anhaltender Abwanderung. Auch die Produktivitätslücke schließt sich nur

Abbildung 1: Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen der Institute, ab 1. Quartal 2005, Prognose der Institute.

langsam. Geschwächt wird der Aufholprozess durch die geringe Investitionstätigkeit. Bereits seit 1997 wird pro Kopf weniger in Ausrüstungen und sonstige Anlagen investiert als im Westen. Dass 2004 nunmehr auch die Bauinvestitionen pro Einwohner unter ihren westdeutschen Vergleichswert gesunken sind, dürfte den Aufholprozess dagegen kaum behindern, denn im Immobilienbereich ist das Überangebot seit dem Bauboom in den neunziger Jahren immer noch beträchtlich.

### Zur Wirtschaftspolitik

Im Zeitraum von 2001 bis 2004 ist das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland durchschnittlich pro Jahr nur um 0,6 % gestiegen. In der wirtschaftspolitischen Diskussion wird dies von Vielen als Ausdruck einer ungewöhnlich schwachen konjunkturellen Entwicklung interpretiert, die man auch mit kurzfristig wirkenden Maßnahmen bekämpfen müsse. Bereits in früheren Diagnosen haben die Wirtschaftsforschungsinstitute darauf hingewiesen, dass sie darin vor allem die Folge eines rückläufigen trendmäßigen Wachstums sehen. Die Trendwachstumsrate ist in Deutschland seit Anfang des

vergangenen Jahrzehnts stetig bis auf 1,1 % zurückgegangen ist. Im Gegensatz dazu bewegt sich die Trendwachstumsrate im Euroraum (ohne Deutschland) seit etwa 30 Jahren um Werte von etwas über 2 %, die der USA um 3 %. Im internationalen Vergleich zeigt sich damit, dass sich die Wachstumsperformance Deutschlands nicht nur in den Jahren seit der Jahrtausendwende, sondern seit etwa 15 Jahren relativ verschlechtert hat.

Deutschland hat im Kern kein Konjunktur-, sondern ein Wachstumsproblem. Die Marktakteure erwarten für die Zukunft einen nur noch geringen Anstieg der Einkommen und sind entsprechend zurückhaltend bei ihren Konsum- und Investitionsentscheidungen. Bereits heute sinken die Realeinkommen weiter Bevölkerungskreise. Eine Lösung des Wachstumsproblems ist deshalb eine herausragende Aufgabe für die Wirtschaftspolitik. Es sind weitreichende Reformmaßnahmen erforderlich. Dabei besteht ein Bedarf zur Verbesserung der Wachstumsbedingungen auf vielen Feldern. Die grundsätzliche Richtung der Reformen sollte klar sein: Der Staat muss seinen Einfluss auf das Wirtschaftsgeschehen verringern, die Staatsquote reduzieren und den Freiraum für private Initiative erhöhen. Er muss die Eigenverantwortung der Wirtschaftssubjekte stärken und sich darauf konzentrieren,

Tabelle 2: Arbeitsmarktbilanz (Jahresdurchschnitte in 1.000 Personen)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Deutschland						
Erwerbstätige Inländer <sup>a</sup>	38.863	38.642	38.265	38.396	38.681	39.017
Arbeitnehmer	34.786	34.545	34.096	34.089	34.254	34.496
Erwerbstätige Inland <sup>b</sup>	38.922	38.696	38.314	38.442	38.731	39.067
Arbeitnehmer	34.845	34.599	34.145	34.135	34.304	34.546
darunter:						
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27.901	27.629	27.007	26.573	26.440	26.477
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4.126	4.147	4.319	4.735	4.905	5.058
Zusatzjobs				12	178	317
Selbständige	4.077	4.097	4.169	4.307	4.427	4.521
darunter:						
Ich-AGs			41	154	265	250
Pendlersaldo	59	54	49	46	50	50
Arbeitslose	3.853	4.061	4.377	4.381 <sup>b</sup>	4.844	4.518
Arbeitslosenquote <sup>c</sup>	9,0	9,5	10,3	10,2	11,1	10,4
Erwerbslose <sup>d</sup>	3.109	3.438	3.838	3.920	4.106	3.825
Erwerbslosenquote <sup>e</sup>	7,4	8,2	9,1	9,3	9,6	8,9
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	123	207	196	151	130	100
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	220	180	145	119	70	50
Berufliche Vollzeitweiterbildung	315	300	224	160	140	95
Westdeutschland <sup>f</sup>						
Erwerbstätige Inländer <sup>g</sup>	31.138	31.037	30.745	30.855	31.081	31.347
Arbeitslose	2.321	2.498	2.753	2.781 <sup>b</sup>	3.174	2.958
Arbeitslosenquote <sup>c</sup>	6,9	7,4	8,2	8,3	9,3	8,6
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	94	162	161	122	105	80
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	38	30	29	24	15	5
Berufliche Vollzeitweiterbildung	169	162	129	85	75	40
Ostdeutschland <sup>f</sup>						
Erwerbstätige Inländer <sup>g</sup>	7.725	7.605	7.520	7.541	7.600	7.670
Arbeitslose	1.532	1.563	1.624	1.600 <sup>b</sup>	1.670	1.560
Arbeitslosenquote <sup>c</sup>	16,5	17,0	17,8	17,5	18,0	16,9
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	29	45	35	29	25	20
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	182	150	116	95	55	45
Berufliche Vollzeitweiterbildung	146	138	95	75	65	55

a) Die Angaben zur Erwerbstätigkeit werden entsprechend der Fachserie 18, Reihe 3 (Rechenstand: 4. Quartal 2004) verwendet, da diese mit der aktuellen VGR kompatibel sind. – b) Ab 2004 ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. – c) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Arbeitslose). – d) Definition der ILO. – e) Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Erwerbslose). – f) Westdeutschland: alte Bundesländer ohne Berlin, Ostdeutschland: neue Bundesländer einschl. Berlin. – g) Schätzung der Institute auf Basis der Länderergebnisse der Erwerbstätigenrechnung von Februar/März 2005.

GD Frühjahr 2005

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Rechenstand: Februar/März 2005), 2005 und 2006: Prognose der Institute.

**Tabelle 3: Indikatoren zum wirtschaftlichen Aufholprozess in Ostdeutschland, Relationszahlen für Ostdeutschland (ohne Berlin) in jeweiligen Preisen**

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Westdeutschland = 100														
Bruttoinlandsprodukt														
nominal je Einwohner <sup>a</sup>	33,4	41,2	50,8	57,2	59,6	61,7	62,2	61,5	62,4	61,8	62,0	63,1	64,0	64,3
Bauinvestitionen														
nominal je Einwohner <sup>b</sup>	70,2	103,1	131,0	164,1	175,8	180,8	172,8	153,3	137,0	120,6	108,2	102,2	100,5	97,5
darunter:														
Wohnbauten <sup>b</sup>	45,8	61,7	81,1	110,0	131,2	143,2	140,6	121,4	106,9	90,8	77,3	71,5	70,2	66,6
Nichtwohnbauten	97,0	151,4	195,0	241,7	240,5	237,9	223,2	205,2	186,2	169,3	157,1	150,7	148,8	148,3
Investitionen in neue														
Ausrüstgn./sonst. Anlagen nominal je Einwohner <sup>b</sup>	59,6	69,0	89,0	100,5	103,7	102,3	92,7	90,6	88,3	85,0	83,3	85,1	88,6	–
Arbeitnehmerentgelt je														
Arbeitnehmer	49,3	61,9	69,2	72,6	75,2	75,8	76,1	76,3	77,1	77,3	77,3	77,7	77,8	77,9
Arbeitsstunde der Arbeitnehmer <sup>a</sup>	–	–	–	–	–	–	–	68,8	70,3	71,1	70,8	71,9	72,2	–
Arbeitsproduktivität je														
Erwerbstätigen <sup>a, c</sup>	34,9	48,3	59,5	64,2	65,0	67,0	68,0	67,7	68,7	69,7	70,6	71,8	72,2	72,3
Arbeitsstunde der Arbeitnehmer <sup>a, c</sup>	–	–	–	–	–	–	–	62,4	63,9	65,3	65,8	67,4	67,9	–
Lohnstückkosten <sup>a, d</sup>														
Basis Personen	141,1	128,3	116,3	113,2	115,7	113,1	111,8	112,6	112,2	110,9	109,5	108,3	107,7	107,7
Basis Stunden	–	–	–	–	–	–	–	110,2	110,0	108,9	107,5	106,6	106,3	–
Veränderung gegenüber Vorjahr in %														
Bevölkerung <sup>a</sup>														
Ostdeutschland	–	–1,3	–0,7	–0,6	–0,4	–0,4	–0,3	–0,4	–0,5	–0,6	–0,8	–0,9	–0,8	–0,7
Westdeutschland	–	1,2	1,0	0,5	0,4	0,4	0,3	0,1	0,2	0,3	0,4	0,4	0,2	0,1
Erwerbstätige (Inland) <sup>a</sup>														
Ostdeutschland	–	–12,4	–2,5	2,4	1,9	–0,7	–1,2	0,2	0,5	–1,0	–1,3	–1,6	–1,1	–0,1
Westdeutschland	–	0,8	–1,1	–0,6	–0,1	–0,2	0,0	1,3	1,3	2,3	0,8	–0,4	–1,0	0,4
Arbeitsvolumen <sup>a</sup>														
Ostdeutschland	–	–	–	–	–	–	–	–	–0,8	–2,5	–1,9	–2,9	–1,0	–
Westdeutschland	–	–	–	–	–	–	–	–	0,8	1,3	–0,2	–1,1	–0,7	–
a) Angaben für Ostdeutschland: neue Bundesländer ohne Berlin, für Westdeutschland: alte Bundesländer einschließlich Berlin. – b) Angaben für Ostdeutschland: neue Bundesländer und Ostberlin, für Westdeutschland: früheres Bundesgebiet. – c) Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen (Arbeitsstunde der Erwerbstätigen). – d) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer (Arbeitsstunde der Arbeitnehmer) bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen (Arbeitsstunde der Erwerbstätigen).														
<b>GD Frühjahr 2005</b>														

Quellen: Statistisches Bundesamt (Rechenstand: Februar 2005), Arbeitskreis VGR der Länder (Rechenstand: März 2005), Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Rechenstand: März 2005), ifo Institut, Berechnungen der Institute.

nur noch eine Grundsicherung zu geben. Dabei muss die Effizienz des Einsatzes öffentlicher Mittel verbessert werden und der Wettbewerb als Koordinationsmechanismus an Bedeutung gewinnen.

Wenn auch manches in den vergangenen Jahren in Gang gesetzt worden ist, ein geschlossenes Konzept, die Wachstumsmisere zu überwinden, ist nicht erkennbar. Einzelne, häufig zu zaghafte Reformschritte können nur wenig weiterhelfen, ja sogar kontraproduktiv wirken. Es ist nicht überraschend, dass Ich-AGs und Minijobs, die im Zuge der Arbeitsmarktreformen eingeführt wurden, in manchen Branchen als willkommene Möglichkeiten zur Senkung der Arbeitskosten genutzt werden, weil ein reglementierter Arbeitsmarkt und ein restriktives Tarifvertragsrecht andere Formen der Flexibilisierung nicht ermöglichen. Auch erzwingen Änderungen in einem Politikfeld Reformen in anderen Feldern. So führen Deregulierung und Öffnung des Arbeitsmarktes häufig zu sinkenden Löhnen. Die zur Sicherung des Lebensunterhalts von Geringverdienern notwendige Umverteilung sollte nur über das Steuer- und Transfersystem erfolgen, das diese Aufgabe effizienter wahrnehmen kann als die Sozialversicherung. Letztere muss aber, selbst wenn grundsätzlich dem Prinzip der Eigenverantwortung eine

höhere Priorität eingeräumt wird, eine Grundabsicherung bei Krankheit, bei Arbeitslosigkeit und für das Alter bieten, die jene auffängt, deren Einkommen nicht ausreicht, genügend Eigenvorsorge zu betreiben. Schon diese wenigen Beispiele unterstreichen die Notwendigkeit eines umfassenden Reformkonzepts.

Nur wenn weitreichende Reformen gelingen, kann die Wachstumsschwäche in Deutschland überwunden werden, und zwar schon innerhalb eines überschaubaren Zeitraums. Dies belegen die Erfahrungen jener europäischen Länder, die wie Irland, Finnland oder Großbritannien einen ähnlichen Wechsel vollzogen haben. Aber auch das Beispiel Deutschland in den achtziger Jahren zeigt, dass im Zuge einer erfolgreichen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, verbunden mit Steuersenkungen und flankiert von einer moderaten Lohnpolitik, ein Anstieg des Wachstumstempos erreicht werden kann.

<sup>1</sup> Gekürzte Fassung des „Frühjahrgutachtens“ der in der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Hamburg, zusammengeschlossenen Institute, veröffentlicht in: ifo Schnelldienst, 8/2004, S. 3 ff.